



HESSISCHER LANDTAG

02. 07. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs sicherstellen – Aufgabenträger nicht im Stich lassen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist überzeugt, dass der ÖPNV in Hessen verlässlich, flexibel, komfortabel, auskömmlich finanziert und flächendeckend verfügbar sein muss. Das Deutschlandticket ist darüber hinaus ein fester Bestandteil der Mobilität der Menschen in Hessen, ohne den ein zeitgemäßer ÖPNV nicht mehr denkbar ist. Diese Attribute im Sinne der Fahrgäste in Hessen zu erreichen, ist das Ziel hessischer Verkehrspolitik.
2. Der Landtag ist sich der schwierigen finanziellen Lage bewusst, in der sich neben den Verbundgesellschaften auch die lokalen Aufgabenträger des hessischen ÖPNV – wegen enormer Kostensteigerungen einerseits und politischer Tarifvorgaben andererseits – befinden. Mit Sorge beobachtet er, dass sich in mehreren hessischen Kommunen bereits Angebote verschlechtert haben und teilweise Fahrten reduziert werden mussten.
3. Der Landtag hält eine weitere Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, sowohl quantitativ als auch qualitativ, für zwingend notwendig und einen bloßen Erhalt des Status quo für nicht ausreichend, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Er stellt fest, dass der in den vergangenen Jahren aufgenommene Schwung hinsichtlich bezahlbarer Tickets, des Infrastrukturausbaus und der Verbesserung von Angeboten insbesondere auch im ländlichen Raum nicht verloren gehen darf, um die echte Wahlfreiheit für die Menschen und die Klimaziele zu erreichen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, beim Bund auf den Aufwuchs der Regionalisierungsmittel hinzuwirken und die Regionalisierungsmittel des Bundes wie bisher zu 100 Prozent an die Verbundgesellschaften und die lokalen Aufgabenträger weiterzugeben. Im Falle von Mehrbedarfen bei den Aufgabenträgern muss, wie in der vergangenen Legislaturperiode zunehmend geschehen, mit originärem Landesgeld sichergestellt werden, dass auch weiterhin hinreichend Mittel zur Verbesserung des Angebots zur Verfügung stehen.
5. Der Landtag stellt fest, dass zur Realisierung barrierefreier Infrastrukturen die GVFG-Mittel durch Landesmittel zu ergänzen sind und das Haltestellenausbauprogramm fortzuführen ist. Das Mobilitätsförderungsgesetz ist fortzuschreiben und soll neben Neubaumaßnahmen auch verstärkt Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen als förderfähig anerkennen. Die Förderung alternativer Antriebstechniken soll unvermindert fortgeführt werden. Bürokratisch aufwendige Antrags- und Verwendungsnachweisverfahren sind zu überprüfen und Vereinfachungen umzusetzen.
6. Der Landtag bekennt sich zu den hessischen Flatratetickets und zum Deutschlandticket als attraktives Angebot für alle Hessinnen und Hessen, um Mobilitätsbedarfe klimafreundlich und bezahlbar mit Bus und Bahn zu decken. Er fordert die Landesregierung auf, sich auf allen ihr zur Verfügung stehenden Wegen für eine gesicherte Finanzierung und eine dauerhaft für alle bezahlbare Preisgestaltung des Deutschlandtickets einzusetzen und auch die eigenen Finanzmittel nicht zu deckeln. Sozialpolitisch motivierte Angebote, wie der Hessenpass mobil, sollen fortgeführt werden. Das Schülerticket Hessen soll auf Basis der Erkenntnisse des Deutschlandtickets weiterentwickelt und möglichst allen Schülerinnen, Schülern und Auszubildenden zu gleichen Konditionen offenstehen.

7. Der Landtag stellt fest, dass der Mangel bei Fahrpersonal und Werkstattpersonal Verbesserungen bei der Bezahlung und den Rahmenbedingungen erfordert, um in den kommenden Jahren neue Kräfte zu rekrutieren und Bestandskräfte zu halten. Neben klimafreundlichen neuen Antriebstechniken der Fahrzeuge stellen auch innovative Formen des Vertriebs hohe Anforderungen an die Beschäftigten. Die Verkehrsverbände und lokalen Aufgabenträger sollen auch zukünftig bei der Umsetzung der vom Land vorgegebenen repräsentativen Tarifverträge im Hessenindex finanziell unterstützt werden, wofür originäre Landesmittel bereitgestellt werden sollen. Die Ausbildung von Fahrpersonal soll vereinfacht und in einer konzertierten Aktion unter Federführung des Landes Hessen, z. B. über den Mobilitäts- und Koordinierungsrat, forciert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Juli 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)